

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 25. Juni 2025

§ 392

Motion FDP-Fraktion «Für eine zukunftsfähige Volksschule: Wer bei der Einschulung kein Deutsch versteht, besucht eine Sprachklasse und wechselt anschliessend in die Regelklasse»

(Bericht Regierungsrat, 3.6.2025)

Rafaela Hug, Schwanden, Unterzeichnerin, beantragt im Namen der FDP-Fraktion die Überweisung der Motion als Postulat; der Regierungsrat habe zu prüfen, wie für den Regelunterricht ausreichende Deutschkenntnisse bei allen Glarner Schülerinnen und Schüler gewährleistet werden können. – Die FDP-Fraktion anerkennt, dass ihre Motion nicht in allen Punkten umsetzbar ist. Trotzdem ist sie mit der Antwort des Regierungsrates unzufrieden. Sie sieht im Bereich der Deutschkenntnisse einzelner Schülerinnen und Schüler trotz bestehendem Angebot Handlungsbedarf. Sie möchte aber, dass die Problematik ergebnisoffen diskutiert werden kann und beantragt deshalb die Umwandlung in ein Postulat. – «Nirgends gibt es mehr Risikoschulen» titelte kürzlich die Lokalpresse. Der Bericht setzte sich mit den Grundkompetenzen der Glarner Schülerinnen und Schüler im Bereich Lesen und Schreiben auseinander. Grundlage dafür bildete der nationale Bericht zur Überprüfung der Grundkompetenzen 2023. Das Resultat ist besorgniserregend. Die Deutschkenntnisse der Glarner Schülerinnen und Schüler sind mangelhaft. Grund dafür ist unter anderem der zunehmende Anteil der fremdsprachigen Lernenden an den Glarner Schulen. Im vergangenen Schuljahr hatten fast 40 Prozent der Glarner Schülerinnen und Schüler eine andere Muttersprache als Deutsch, Tendenz steigend. Auch Gespräche mit Lehrpersonen bestätigen, dass Schülerinnen und Schüler vermehrt über nicht ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Es ist bewusst, dass Kinder – gemäss Fachleuten – am schnellsten Deutsch lernen, wenn sie Regelklassen besuchen. Das wird vorliegend nicht bestritten. Man ist jetzt aber an einem Punkt angelangt, an dem allfällige Individualinteressen den Allgemeininteressen weichen müssen. Denn die zunehmend mangelhaft vorhandenen Deutschkompetenzen belasten das Schulsystem und die Bildungsqualität enorm. So bestätigt der Bildungsbericht Schweiz 2023 auch, dass die Leistung von Kindern in einer Klasse mit vielen fremdsprachigen Kindern aus bildungsfernen Familien geschwächt werden kann. Dies stellt die Lehrpersonen vor zusätzliche Herausforderungen. Sie leisten zusätzlichen Aufwand, passen beispielsweise ihren Unterricht an oder müssen einzelne Kinder fast eins zu eins betreuen, wodurch sie unter Umständen anderen Kindern nicht mehr gerecht werden können. Der Regierungsrat bringt vor, dass aufgrund der bereits bestehenden Angebote kein Handlungsbedarf bestehe. Aktuell besuchen Kinder, die gar kein Deutsch können, zuerst Deutsch-intensiv-Angebote. Kinder, die gebrochen Deutsch sprechen, besuchen bereits die Regelklassen. In diesen Fällen werden die Kinder mit Deutsch-als-Zweitsprache-Stunden unterstützt. Das mag gut klingen. Aber die zur Verfügung stehenden Lektionen reichen nicht, um die Kinder genügend zu unterstützen.

Es braucht also effiziente, faire und bildungspolitisch gesunde Lösungen. Denn das heutige System stösst offensichtlich an seine Grenzen. Würde dieses gut funktionieren, würden die Glarner Schülerinnen und Schüler beim Lesen und Schreiben nicht einen der letzten Plätze belegen. – Es besteht klar Handlungsbedarf. Dieser wird in der Antwort des Regierungsrates nicht genügend anerkannt. Deshalb fordert die FDP-Fraktion, dass sich der Regierungsrat noch einmal vertieft mit dieser Problematik auseinandersetzt und Lösungen präsentiert, wie man die Deutschkompetenzen der Kinder verbessern könnte. Die aktuellen Ergebnisse zeigen klar auf, dass gehandelt werden muss – zugunsten der Lehrpersonen, der Kinder und einer hohen Bildungsqualität.

Priska Müller Wahl, Niederurnen, votiert stellvertretend für die GLP-Fraktion für Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates. – Gute Deutschkenntnisse sind auch für die GLP-Fraktion wichtig. Es sind jedoch die bereits in den Gemeinden bestehenden Angebote zu unterstützen und umzusetzen. Eine möglichst frühe Förderung – also vor der Einschulung – und Deutschintensiv-Kurse sind wichtig. Gemäss dem kürzlich erlassenen Kinderbetreuungsgesetz können Gemeinden, wenn sie ihre Verantwortung wahrnehmen wollen, fremdsprachige Kinder quasi zum Glück zwingen, indem sie nötigenfalls Fördermassnahmen vor dem Schuleintritt verfügen. Solche Massnahmen sollen jetzt anlaufen können. Sie sind später zu evaluieren und gezielt zu optimieren. – Eine kantonale Sonderklasse, wie sie die Motion fordert, ist organisatorisch nicht möglich und ergibt deshalb keinen Sinn. Zusätzliche Deutsch-als-Zweitsprache-Angebote mögen zwar gut sein, kosten aber. Der FDP wird deshalb empfohlen, solche Angebote auf Gemeindeebene zu unterstützen, statt dort zu sparen. Denn kurzfristige Sparübungen, wie es sie in allen Gemeinden gibt, führen später zu Mehrkosten. Insofern nimmt die GLP-Fraktion erfreut zur Kenntnis, dass sich die FDP künftig ebenfalls mit aller Kraft für eine gute Bildung für alle einsetzt.

Priska Grünenfelder, Niederurnen, spricht sich im Namen der SP-Fraktion für Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates aus. – Die Motion verlangt, dass Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen beim Schuleintritt zuerst eine kantonale geführte Sprachklasse besuchen müssen. Erst danach sollen sie in eine Regelklasse integriert werden dürfen. Dieses Modell wurde bereits einmal angewandt und wieder verworfen. – Sprache ist zwar der Schlüssel zum Bildungserfolg. Lehrpersonen benötigen klare Strukturen, passende Klassengrössen und verlässliche Förderangebote. Die Motion steht jedoch einem im Kanton Glarus bereits gut funktionierenden System entgegen. Es gibt Sprachstandserhebungen im Vorschulalter, Deutsch-als-Zweitsprache- und Intensiv-Angebote, Massnahmen zur Frühförderung und ein bewährtes kommunales Integrationsmodell. Die Realität an den Glarner Schulen ist herausfordernd, aber gestaltbar. In gewissen Schulhäusern sprechen Kinder insgesamt über 30 verschiedene Erstsprachen. Der soziale und sprachliche Mischindex ist hoch und trotzdem leisten die Schulen Erstaunliches. Bezüglich des Erreichens der Grundkompetenzen liegt der Kanton Glarus im nationalen Vergleich im Schnitt, obwohl er den höchsten Anteil von Kindern mit tiefem Sozialindex aufweist. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis von engagierten Lehrpersonen, lernwilligen Kindern und auch unterstützenden Eltern. Wer bessere Deutschkenntnisse fordert, muss bereit sein, in die Realität an den Schulen zu investieren: in individuelle Sprachförderung für möglichst junge Kinder im Alltag, in Weiterbildungen, in niederschwellige Leseförderungsprojekte oder in sozial durchmischte Klassen mit realistischer Grösse. Separate Sprachklassen auf kantonaler Ebene sind kein Beitrag zur Integration, sondern erschweren diese. Sie bringen lange Wege, isolieren Kinder und widersprechen dem Prinzip der stufenweisen Integration, das sich pädagogisch wie auch gesellschaftlich bewährt hat. Die Schulen brauchen keine zusätzlichen Strukturen, sondern gezielt eingesetzte Ressourcen, Vertrauen in die Lehrpersonen und eine klare bildungspolitische Haltung. Die SP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für dessen fundierte Analyse und spricht sich deutlich gegen die Überweisung der Motion aus.

Beat Noser, Oberurnen, wirbt namens der Die-Mitte-Fraktion um Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates und richtet Fragen an den Bildungsdirektor. – Die Die-Mitte-Fraktion ist mit dem Anliegen der Motion einverstanden, aber nicht mit dem Weg, den sie vorschlägt. Die

Sprachkompetenzen müssen vor der Eingliederung in den Schulbetrieb gewährleistet werden. Gemäss Artikel 51 des Bildungsgesetzes obliegt die Verantwortung den Gemeinden. Bereits heute stehen diverse Möglichkeiten zur Verfügung, um die Sprachkompetenzen vor dem Schuleintritt zu erlangen. Die Frage ist nur, ob die Gemeinden diese Möglichkeiten vollumfänglich zur Verfügung stellen und die betroffenen Familien diese überhaupt kennen. Andererseits sollten auch Eltern, die ihre Verantwortung nicht wahrnehmen, stärker in die Pflicht genommen werden können. Es kann nicht sein, dass man sich vor dem Schuleintritt nicht um das Erlangen der Sprachkompetenzen kümmert, um dann die Lehrer oder die Steuerzahler zu belasten. In diesem Zusammenhang stellen sich zwei Fragen. Können Eltern verpflichtet werden, das vorhandene Angebot zu nutzen, um sicherzustellen, dass Kinder beim Schuleintritt Deutsch sprechen und verstehen können? Welche Möglichkeiten bestehen, wenn die Eltern diesen Verpflichtungen nicht nachkommen?

Fridolin Staub, Bilten, unterstützt den Antrag Hug. – Der Vorstoss der FDP-Fraktion greift ein wichtiges Thema auf. Denn ohne eine vernünftige Basis für die Verständigung kann man nichts lernen. In seiner Antwort zeigt der Regierungsrat auf, dass die direkte Umsetzung dieser Motion aufgrund von aktuell nicht klaren Planungen, wo und wie eine solche Sprachklasse geführt werden kann, schwierig ist. Deshalb ist die Motion in ein Postulat umzuwandeln und zu überweisen. Damit können die Grundlagen überprüft werden. Es kann zudem ein Vorschlag erarbeitet werden, der das Wo und das Wie noch offenlässt. – Selbst hat man mit Personen zusammengearbeitet, mit denen man sich kaum verständigen konnte. Auch selbst begab man sich mit nur rudimentären Sprachkenntnissen in ein frankophones Umfeld. Angesichts dieser Erfahrungen ist die Aussage im regierungsrätlichen Bericht, wonach das Sprachverständnis in gewissen Fächern eine untergeordnete Rolle spiele, kritisch zu betrachten. Auch die Aussagen betreffend die Sprachstandserfassung stützen sich lediglich auf die bisher erst einmal im 2024 in Glarus Nord durchgeführte Erhebung. Es können also noch keine fundierten Ergebnisse vorliegen. Landammann Kaspar Becker kündigte im vorangegangenen Traktandum an, dass dessen Departement sowieso an diesem Thema arbeiten wird und dass der Landrat jetzt Richtungen vorgeben kann. Deshalb ist die Überweisung als Postulat zu unterstützen. Gerade auch das Votum von Landrat Beat Noser könnte als Zustimmung zu einem Postulat verstanden werden. Mit Blick auf das Votum von Landrätin Priska Müller Wahl ist zudem festzuhalten, dass es in Glarus Nord keine Sparübungen gibt.

Landammann *Kaspar Becker* beantragt Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates. – Auch hier besteht ein Konsens. Die Sprache des Aufenthaltsortes – hier also Deutsch – ist zentral, um Schule, Arbeit oder Alltag bewältigen zu können. Dennoch gibt es Schulfächer wie Sport oder Musik, in denen Sprachkenntnisse nicht so wichtig sind. Klar ist aber auch, dass man ohne Deutschkenntnisse beispielsweise – aufgrund der Unfallgefahr – keine grossen Maschinen bedienen darf. – Mit Blick auf die Fragen von Landrat Beat Noser kann festgehalten werden, dass die kantonale Fachstelle Eltern, deren Kinder einen Förderbedarf haben, aktiv nachgeht. Über 90 Prozent dieser Eltern sind einsichtig und bereit, ihre Kinder schon vor dem Kindergarten zu Fördermassnahmen anzumelden. Gezwungen werden kann letztlich aber wohl niemand. – Die Motion der FDP-Fraktion ist nicht falsch. Viele Forderungen sind aber bereits umgesetzt; andere kann und will der Regierungsrat nicht umsetzen. Deshalb empfiehlt er die Ablehnung der Motion wie auch einer Überweisung als Postulat. – Der Kanton Glarus liegt betreffend das Erreichen der Grundkompetenzen im Vergleich mit den anderen Deutschschweizer Kantonen in der Schulsprache Deutsch mit 81 Prozent beim Lesen und 82 Prozent bei der Orthografie im Mittelfeld. Beim Lesen liegt der Deutschschweizer Schnitt bei 82 Prozent, bei der Orthografie 84 Prozent. Die Glarner Werte könnten zwar besser sein, sind aber weder besorgniserregend noch mangelhaft, sondern durchschnittlich. Der Begriff «Grundkompetenz» ist ohnehin falsch. Eine solche ist dann vorhanden, wenn man in einem fremdsprachigen Gebiet mit seinen Kenntnissen rudimentär überlebt. Hier geht es aber um Soll- oder Zielkompetenzen, welche die Jugendlichen erreichen müssen. Diese liegen auf einem hohen Niveau.

Abstimmung: Der Antrag des Regierungsrates obsiegt über den Antrag Hug mit 29 zu 27 Stimmen bei 1 Enthaltung. Die Motion ist abgelehnt.